

## 01) CDU/CSU in Schwierigkeiten: nur 23% der Deutschen würden die Partei wählen

15. 08. 2021



Armin Laschet, Kanzlerkandidat der CDU/CSU · Foto: Twitter/ Armin Laschet

### **Die Unterstützung für die CDU/CSU ist in letzter Zeit gesunken**

6nbsp;

Der mutmaßliche Nachfolger von Angela Merkel im Amt des Bundeskanzlers, Armin Laschet, hat wenige Wochen vor der Bundestagswahl ein paar Probleme. Die Unterstützung für die von ihm geführte CDU/CSU ist in letzter Zeit zurückgegangen. Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa hat die Partei innerhalb einer Woche drei Prozentpunkte eingebüßt und würde derzeit nur noch von 23 Prozent der Wähler gewählt werden. Obwohl sie immer noch an der Spitze liegt, zeigen die aktuellen Zahlen, dass nach den Wahlen ganz andere Koalitionen möglich sind.

Die Umfrage wurde vom 3. bis 9. August unter 2.509 Befragten durchgeführt. Eine andere Kantar-Umfrage, die von Focus veröffentlicht wurde, zeigt sehr ähnliche Ergebnisse, mit dem Unterschied, dass es nur einen Prozentpunkt Unterschied zwischen der CDU/CSU und den Grünen gibt.

Die Regierungspartei CDU/CSU hat nur noch 23 Prozent Wählerzustimmung, während es im Januar noch 36 Prozent waren. Die Grünen haben den Abwärtstrend der letzten Monate gestoppt und würden von 20 Prozent der Wähler gewählt werden, während die Sozialdemokratie (SPD) erstartet und zu den Grünen aufschließt. Mit aktuell 19 Prozent würde die SPD ihr bestes Ergebnis seit April 2018 erreichen. Die Unterstützung für die einwanderungsfeindliche AfD bleibt unverändert bei 10 Prozent. Die kleinere liberale FDP verliert einen Punkt (12 Prozent), ebenso wie die kommunistische Linke (7 Prozent).

Diese Umfrageergebnisse sehen für den vergesslichen CDU/CSU-Chef Laschet nicht gut aus, denn sie würden die Bildung einer grün-rot-roten Regierungskoalition mit knapper Mehrheit ermöglichen, die sich in der Hauptstadt und im Land Berlin bereits abzeichnet. Die AfD wird von den anderen Parteien als für die Koalition inakzeptabel bezeichnet. Rechnerisch ist weder die bestehende große Koalition aus CDU/CSU und SPD noch die Koalition aus CDU/CSU und Grünen möglich.

Es könnte auch die so genannte Jamaika-Koalition – also Union, Grüne und FDP – gebildet werden, aber auch die so genannte deutsche Koalition – Union, SPD und FDP – könnte zustande kommen. Beide hätten mit 454 und 445 Abgeordneten eine starke Unterstützung im Bundestag. Möglich ist auch eine so genannte Ampel-Koalition (Grüne, SPD und FDP) mit 417 Sitzen und auch das bereits erwähnte grün-rot-rote „Bündnis“ mit 376 Sitzen. Für eine Regierungsmehrheit braucht es aber die Unterstützung von 374 Bundestagsabgeordneten.

Laschets Popularität sieht auch nicht besonders gut aus. Könnten die Deutschen ihren Kanzler direkt wählen, würden sich derzeit 26 Prozent für SPD-Chef Olaf Scholz, 16 Prozent für Grünen-Chefin Annalena Baerbock und 12 Prozent für Laschet entscheiden.

Eine weitere Kantar-Umfrage im Auftrag des Magazins Focus zeigt ganz ähnliche Ergebnisse, nur dass es zwischen CDU/CSU und den Grünen nur einen Prozentpunkt Unterschied gibt. Sie gibt der Union 22 Prozent, den Grünen 21 Prozent, der SPD 19 Prozent, der FDP 12 Prozent, der AfD 11 Prozent und der Linken 7 Prozent.

Quelle: [ECHO.CZ](https://www.echo.cz)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

**02) D: Kampagne „Grüner Mist 2021“ startet**

Vor Bundestagswahl soll aufgezeigt werden, wofür die Grünen tatsächlich stehen

13. 08. 2021



*Bildquelle: deutschlandkurier.de*

In über bundesdeutschen 50 Städten wird wenige Wochen vor der Bundestagswahl am 26. September auf Großplakaten mit Schlagworten wie „Totalitär. Sozialistisch, Heimatfeindlich.“ vor „grünem Mist“ gewarnt.



Für die Macher der Kampagne „Grüner Mist 2021“ – abzurufen unter [gruener-mist.de](http://gruener-mist.de) – herrscht „Alarmstufe Grün für Freiheit und Demokratie in unserem Land. Die Grünen greifen nach den Schalthebeln der Regierungsmacht. Kommen sie ans Ruder, womöglich sogar mit einer grünen Kanzlerin, werden wir unsere freiheitliche Demokratie schon in kurzer Zeit nicht mehr wiedererkennen“.



Zudem wird erläutert wofür die Grünen stehen: nämlich für Verbotssozialismus, Industriezerstörung, Ökodiktatur, Masseneinwanderung und Klimahysterie. Die Grünen sind, so die Macher von „Grüner Mist 2021“, „zu allem bereit und zu nichts zu gebrauchen“.



Genau wurde das Programm der Grünen analysiert und damit der Kern, der hinter der Fassade steckt, mit welcher wiederum die bürgerliche Mitte getäuscht werden soll. Und „Grüner Mist 2021“ kommt zu folgender Schlussfolgerung: „Grün an der Macht heißt ‚Klimaschutz‘-Planwirtschaft und Öko-Sozialismus, Mangelverwaltung und Industriezerstörung, Verbotsregime und staatliche Gängelung bis in die persönlichsten Lebensbereiche. Grüne Herrschaft bedeutet ruinierte Staatsfinanzen, Steuerwucher und Masseneinwanderung und die endgültige Auflösung des demokratischen Nationalstaats.“



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [ZUR ZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

***Update:***

Inzwischen wurde auch die Reaktion der Grünen auf die Kampagne publik und wer dahintersteckt. Der grüne Bundesgeschäftsführer Michael Kellner sprach von einer „rechten Schmutzkampagne“ und „AfD-naher Akteure mit dubioser Finanzierung“. Wie die [FAZ](#) berichtet wird die Internetseite „gruener-mist.de“ von der Agentur Conservare Communication GmbH finanziert, deren Geschäftsführer David Bendels ist. Er ist auch redaktionell verantwortlich für die Inhalte. Bendels war früher Mitglied der CSU und einer der Gründer des „Konservativen Aufbruchs“, dem Vorläufer der Werteunion. 2016 trat er aus der Partei aus, seither ist er Vorsitzender des Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten und seit 2017 Chefredakteur des AfD-nahen Deutschland-Kuriers. Als Geldquelle hatte Bendels gegenüber der Plattform T-online „Spenden von Mittelständlern und engagierten Bürgern“ genannt.

<https://www.youtube.com/watch?v=l7dDscKM57A>

**Kampagnenvideo [#GrünerMist](#)**

21.123 Aufrufe  
09.08.2021

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

**03) Wiener Zeitung muss bleiben**

Ein Gastbeitrag von Dr. Norbert van Handel (Steinerkirchen a.d. Traun)

13. 08. 2021



Die Wiener Zeitung ist mehr als eine Qualitätszeitung. Sie ist kultureller Bestandteil Österreichs und sollte als solcher verstanden werden.

Die Artikel sind ausgewogen, die Kommentare fair und lassen nicht nur die Regierung, sondern auch die Opposition zu Wort kommen.

Für ältere Unternehmer ist auch das Amtsblatt da und dort lesenswert, wenn man rasch eine Übersicht über die Bewegungen wichtiger Unternehmen bekommen will.

Unseres Erachtens nach gibt es keinen wirklichen Grund, die Wiener Zeitung einzustellen oder so umzuändern, dass sie für breite Leserkreise nicht mehr interessant wird.

Es wäre dringend zu wünschen, diese Zeitung zu erhalten und nicht nach pseudomodernen IT-Standpunkten umzuändern.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## 04) Böhmen und wir: Nebeneinander statt miteinander

Gestern erschien in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ der Artikel „**Böhmen und wir: Nebeneinander statt miteinander**“ zu der Reihe „33 Thesen für ein besseres Oberösterreich“ – in diesem Bundesland wird ja am **26. September 2021** ein neuer Landtag (der 14.) gewählt.

Dieser Bericht wirbelte doch etwas Staub auf – [bitte machen Sie sich selbst ein Bild davon](#) (Lesedauer zwei Minuten). Eine Vielzahl unserer Landsleute sind mit dem - gerade was die Historie betrifft - Inhalt nicht einverstanden und taten mit Leserbriefen ihren Unmut kund. Bitte sehen Sie folgend exemplarisch zwei davon.

# Böhmen und wir: Nebeneinander statt miteinander

Die Beziehungen zu unseren tschechischen Nachbarn könnten enger und herzlicher sein

LINZ/PRAG. Im Dezember 1989 fiel der Eisenerne Vorhang zwischen Oberösterreich und der damaligen CSSR. Doch die Mauer in den Köpfen vieler Menschen, diesseits wie jenseits der Grenze, ist geblieben. Auch der seit Jahrzehnten schwelende Konflikt über das tschechische AKW Temelin belastet die Beziehungen.

Dabei gibt es kulturell viel mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede. Da wie dort trinkt man gern ein gepflegtes Bier und lässt sich deftige Fleischgerichte mit Knödeln und süße Mehlspeisen schmecken. Die größte Hürde in den nachbarschaftlichen Beziehungen ist wohl die Sprachbarriere. Was schade ist, weil beide Seiten von einer vertieften Nachbarschaft kulturell und wirtschaftlich profitieren könnten.

Zumindest verkehrstechnisch werden beide Regionen stärker zusammenwachsen. Auf tschechischer Seite wird an der Autobahn D3 gebaut, die von Prag und Budweis bis zur tschechisch-österreichischen Grenze bei Wulowitz führen soll. 2025/26 soll der Lückenschluss fertig sein. Damit wird die S10 Teil einer transeuropäischen „TEN“-Route von der Ostsee bis zur Adria.

Was aber den Druck auf die österreichische Seite erhöht, die fehlenden Kilometer der S10 von Raasdorf bis zum Grenzübergang endlich zu vollenden. Prag plant auch eine moderne Bahnstrecke bis Wulowitz, auf der Züge mit bis zu 200 km/h fahren können. Damit wird auf österreichischer Seite auch der Ausbau der Summervaubahn, die ein Höchsttempo von 100 km/h erlaubt, dringend nötig.

Tschechien arbeite mit Hochdruck an Zug- und Autobahnverbindungen. „In Österreich kommt die Summervaubahn in gleichem Tempo wie zu Zeiten der Monar-



„Die Zusammenarbeit mit den tschechischen Partnern funktioniert gut. Auch wenn wir nicht überall einer Meinung sind, etwa bei der Atomkraft.“

Thomas Stelzer, Oberösterreichs Landeshauptmann

chie voran, und Autobahnprojekte werden künstlich verzögert“, kritisiert Verkehrslandesrat Günther Steinkellner (ÖP), nachdem Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) eine Evaluierung der S10 angekündigt hatte.

Die bilateralen Beziehungen zu Tschechien bzw. zur südböhmischen Nachbarregion werden seit Jahren gepflegt. Kürzlich unterschrieben Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer (VP) und Martin Kuba, der Kreishauptmann Südböhmens, ein weiteres Kooperationsprogramm bis 2025. Es sieht etwa eine Digitalisierungs-offensive im Grenzraum und verstärkte Zusammenarbeit bei Forschung und Wissenschaft vor. „Die Gesprächsbasis ist sehr gut“, so Stelzer. „Auch wenn wir nicht in allen Bereichen einer Meinung sind, etwa bei der Atomkraft“, so Stelzer.

„Das Trennende ist die Sprache“

Die größte Hürde im Miteinander ist offenbar die Sprachbarriere. Das weiß Hubert Köller, der Bürgermeister von Leopoldsdorf. Er braucht einen Dolmetscher, wenn er sich mit seiner Nachbargemeinde Dolní Dvůrská etwas ausmachen möchte. Das Verhältnis zu den Nachbarn sei „kein einfaches Thema“, meint er. Corona habe die

Situation im Grenzgebiet auch nicht erleichtert.

„Das Trennende ist die Sprache.“ Das wissen auch Milan und Hanno Jurik, die in Waldhausen im Strudengau leben. Das Paar flüchtete 1989 vor dem desolaten KP-Regime nach Österreich. Deutschkurse für Flüchtlinge gab es damals nicht. „Wir wurden ins kalte Wasser geworfen, nach dem Motto Schwimmen oder geh unter“, sagt Hanno Jurik. „Wir mussten uns alles selbst beibringen“, sagt auch ilia Milan. Er habe damals aber beim Fußball und beim Eishockey Freunde gefunden.

„Früher waren die Vorurteile des Österreicher gegenüber den Tschechen größer“, meint er. Viel wäre schon erreicht, „wenn auch die Österreicher ein bisschen Tschechisch lernen würden“.

## 1. Leserbrief „Als Böhmen noch bei Österreich war“

*Der Verfasser des Artikels auf Seite 25 der OÖ Nachrichten vom 9. 8. 2021 „Böhmen und wir: Nebeneinander statt miteinander“ dürfte den weisen Rat unseres seligen Staatskanzlers Dr. Bruno Kreisky, vor einer Meinungskundgebung Geschichte zu lernen, genauso wenig kennen, wie die zeitgeschichtliche Entwicklung der Beziehungen zwischen Böhmen und Österreich ab dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges bis heute. - Anders kann ich es mir nicht erklären, dass in diesem historisch lückenhaften Beitrag nicht der leiseste Hinweis auf den Völkermord (= Beurteilung des verstorbenen Wiener Universitätsprofessors für Völkerrecht Dr. Felix Ermacora) der damaligen ČSR an den 3 Millionen Deutsch sprechenden Altösterreichern bzw. Sudetendeutschen enthält. Vor allem die Bewohner unseres Mühlviertels haben **die** in den Jahren 1945 bis 1947 im Zuge der damaligen, auf Basis der sogenannten Beneš-Dekrete vollstreckten Heimatvertreibung und von tschechischer Hybris getragenen Verbrechen, die rund 241.000 Altösterreichern deutscher Muttersprache das Leben kostete, bis heute nicht vergessen. - Bis heute sind diese menschen- und völkerrechtswidrigen Dekrete samt Straffreistellungsgesetz (=Verbrechenszustimmungsgesetz!) in Kraft und hat man diesem von Staatspräsident Dr. Beneš initiierten Völkermord im Jahre 2004, wenige Tage vor Aufnahme Tschechiens in die EU, im Prager Parlament mit einer zynischen Belobigung bzw. dem Sondergesetz „Dr. Edvard Beneš hat sich um den Staat verdient gemacht“ sogar Verfassungsrang verliehen. – Solche Nachbarn kann man eben nicht als liebenswert ansehen!*

*Dr. jur. Günter Kottek, em. Rechtsanwalt, 4612 Scharten*

*geboren in Znaim / Südmähren*

## 2. Leserbrief zum Artikel „Böhmen und wir“

*Es ist nicht die Sprache allein. Ungarisch ist uns als Sprache noch fremder und doch ist das Verhältnis zu dem Land herzlicher. Es ist die Geschichte. Der König von Böhmen war ein deutscher Kurfürst und in Prag befand sich die erste deutsche Universität – bis 1945! Böhmen ist das einzige Territorium Europas in dem nach 1945 Wüstungen entstanden; d.h. früher blühende Städte verfielen und wurden von der Natur zurück erobert. Ihre Bewohner, die Sudetendeutschen, waren vorher vertrieben oder ermordet worden. Das ist Geschichte, die nur mehr Historiker kennen, allerdings leben noch unzählige Nachkommen von vertriebenen Deutsch-Böhmen bei uns...und damit die Erinnerung; ob sie politisch opportun ist oder nicht.*

*Jürgen Jauch, 4040 Linz*

*Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.98, 2021*

*Wien, am 10. August 2021*

## Leserbrief zu „Böhmen und wir“, SdP098

*Einerseits erfreulich, daß die OÖN auch über den eigenen Tellerrand schauen. Bedauerlich, daß der Blick in der Art eines „ahnungslosen Kindes“ geschehen ist.*

*Nicht die Sprache trennt die beiden Staaten, sondern die Aufarbeitung der Geschichte, wurden ja doch auch von einem OÖN-Journalisten die Pläne der Tschechen, seit 150 Jahren der Deutschen (nicht Deutschsprachigen – auch Tschechen konnten zumeist ganz gut Deutsch) zu vertreiben, geleugnet – die Schuld wird immer erst beim Jahre 1939 gesucht, für das die Deutschböhmen-*

*und -Mährer am wenigsten beigetragen hatten. Nicht wurde angesprochen die Verantwortung für Beraubung, Ermordung und Vertreibung der Deutschen – so als hätte Univ.-Prof. Ermacora nur in den Wald hineingerufen.*

Norbert Prohaska, 1080 Wien.

[Bitte sehen Sie hier eine weitere Zuschrift an die OÖ-Nachrichten.](#)

## **LESERBRIEF an die OÖN**

*Sehr geehrte Chefredaktion!*

*Ihr Artikel „Böhmen und wir: Nebeneinander statt nebeneinander“ wurde mir zum Lesen übermittelt.*

*In einigen Dingen haben Sie Recht: dass die Sprache die einzige Barriere zwischen Österreich und Tschechien ist mag wohl ein Teil davon sein, aber die Ereignisse nach 1945 mit der menschenverachtenden Vertreibung von 3 1/2 Millionen deutschen Altösterreichern = Sudetendeutsche ist wohl die größte Hürde zwischen diesen beiden Staaten. Dies umso mehr als die verabscheuungswürdigen Beneš-Dekrete, die zur Vertreibung, zur Konfiszierung des gesamten Eigentums und der Rechtlosigkeit der deutschen Minderheit führten, noch immer Teil der Rechtsprechung in der Tschechischen Republik sind. Und das in der sogenannten Wertegemeinschaft der EU - zumindest nennt sie sich so aber die Fakten sprechen eine andere Sprache. Man hätte bereits vor der Aufnahme von Tschechien - und der Slowakei - in die EU die unbedingte Abschaffung dieser Dekrete als Aufnahmekriterien einfordern müssen - doch nichts dergleichen geschah, so sieht die Wahrheit aus!*

*Dass die deutschen Altösterreicher durch den Diktatfrieden von St. Germain in diesen Staat gegen jedes Selbstbestimmungsrecht gepresst wurden, ist auch eine Tatsache, die jedoch in der besonderen Verantwortung der Siegermächte des 1. Weltkrieges liegt (nur die USA hat den Vertrag nicht ratifiziert).*

*Sicherlich ist der 15. März 1939 ein besonderes Datum für die Tschechen, als Restböhmen und Mähren durch Adolf Hitler annektiert wurden - dies war aber nicht Sache der Sudetendeutschen, sondern der Nazi-Herrschaft mit all den fürchterlichen Folgen.*

*Die Tschechen sollten aber nicht vergessen, dass sie von 1948 bis 1989 sozusagen eine sowjetische „Kolonie“ waren mit allen Härten des Kommunismus - denken wir nur an den „Prager Frühling“ 1968, der blutig von den „Bruderstaaten“ (ausgenommen Rumänien) niedergeschlagen wurde.*

*Ein Ausgleich bzw. ein Nebeneinander gibt es nur dann, wenn all die Ressentiments auf beiden Seiten - und dazu zählt auch die Aufhebung der Beneš-Dekrete - abgebaut werden. In manchen Städten und Orten gibt es solche Gemeinsamkeiten zwischen den ehemaligen und jetzigen Bewohnern - nur das hat sich anscheinend noch nicht bis auf den Hradschin herumgesprochen!*

HR Hubert Rogelböck, Wien